

Mehr Geld, mehr Planung und mehr Mitsprache!

■ Als wir am Schuljahresende diesen Schwerpunkt planten, war unser Arbeitstitel: »Es brennt«. Inzwischen kann man eher sagen: Es schwelt. Die Schulleitungen haben es in den Ferien geschafft, notdürftig die Stundenpläne zu erstellen, vielfach durch weitgehende Inanspruchnahme der Finanzmittel für Krankheitsvertretungen. Aber jeder weiß: Schon zum 1. Februar 2013 ist das keine Lösung. Vor allem nicht, wenn man berücksichtigt, was der Senat in Umsetzung des Koalitionsbeschlusses am 24. August verabschiedet hat: »Zur Absicherung der Konsolidierung im Personalhaushalt Bildung erfolgt der Rückbau von 110 Stellen bis zum Ende des Jahres 2013« – Was schon jetzt zur Versorgung der Schulen nicht ausreichte, soll also nach derzeitiger Beschlusslage noch weiter abgebaut werden. Außerdem ist auch für 2013 der Abbau von weiteren 1,2 % des Personalbestandes geplant.

Um diese Stellenkürzungen zu realisieren, werden u.a. folgende Maßnahmen ins Auge gefasst:

- »1. Abbau der zusätzlichen 80 Referendarsstellen (Fachleiter u. Referendare) ab 01.11.2012,
2. Verschiebung des Starts der Weiterbildung Inklusive Pädagogik auf Herbst 2013,
3. Zurückfahren der zusätzlichen Klassen in der Erzieher/innenausbildung ab 01.08.2013,
4. Bewirtschaftung der Einstellungskontingente (Verschiebung der Einstellungen).«

Mit anderen Worten: Alles, was geeignet wäre, die Lage im Bildungs- und Erziehungsbereich in Zukunft auch nur leicht zu stabilisieren, soll der »Konsolidierung« geopfert werden. Deutlicher kann man Perspektivlosigkeit nicht dokumentieren.

Bürgermeister Jens Böhrnsen hat angesichts der Proteste zum Schuljahresende die Betroffenen, darunter auch die GEW, zu Gesprächen eingeladen. Der GEW-Landesvorstand hatte zur Vorbereitung dieser Gespräche Forderungen aufgestellt (s. Seite 4). Auf Seite 8 berichtet Petra Lichtenberg über den Verlauf des ersten Treffens. Nach den Herbstferien wird die GEW Bremen auf einer Versammlung am 13. November über das weitere Vorgehen beraten.

Jürgen Burger

BILDUNGSPOLITIK
unterm
REGELSTANDARD!